



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/VIII/205 - 3.9.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039890

Der politische Katholizismus und die Wahlen	S. 1
Zur westlichen Antwortnote	S. 3
Der Verleumdungsfeldzug der Koalition	S. 5
Wahleindrücke aus Rheinland-Pfalz	S. 7

"Die Partei des Satans"

Von Pastor Heinrich Albertz.

Wenn ein katholischer Pfarrer erklärt, die SPD sei eine Partei des Satans und eine sozialdemokratische Landesregierung sei vom Christentum chemisch gereinigt, dann kann das Strafgesetzbuch die entsprechende Zurechtweisung geben.

Wenn in sozialdemokratischen Versammlungen Vertreter der "Jungen Union" immer wieder mit drei unmaßgeblichen, dazu aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten vorgeblich antichristlichen Charakters aufwarten, die man ihnen aus langen sechs Jahren zur Verfügung stellen konnte, dann mag das ein zu belächelndes Beispiel des Versuchs sein, der Sozialdemokratie christentumsfeindliche Tendenzen zu unterlegen.

Wenn von katholischen Kanzeln gepredigt wird, der Entscheid über konkrete politische Fragen sei in Wirklichkeit ein Entscheid über die Erhaltung oder Unterdrückung des Christentums in Deutschland, dann wird die Kirche schlicht zur Falschmünzerei.

Wenn rechtschaffene Arbeiter eines Klostersgutes in einem persönlichen Gespräch bedrückt gestehen, sie getrauten sich nicht, sozialdemokratisch zu wählen, weil sie - vielleicht später im Beichtstuhl danach befragt - daraufhin um ihre Existenz fürchten müssen, dann wird schließlich der volle Umfang und die ganze

Tiefe des Angriffs deutlich, der, aus dem Raum des politischen Katholizismus vorgetragen, viele Deutsche in einen unverantwortlichen, ärtickenden Gewissenskonflikt gebracht hat.

Kündigt sich hier eine neue unheilvolle und zeitgemäÙe Verbindung von Thron und Altar an, die in den Anfängen der sozialdemokratischen Bewegung die Arbeiter aus der Kirche vertrieb? Ist das der schuldhaftige Beginn einer neuen Furchung über einem gerade zugeschütteten alten Graben?

Es muß darauf, angesichts der immer bedrohlicheren Zeichen - wieder einmal oder noch einmal - in aller Nüchternheit geantwortet werden.

Etwa 98 Prozent der Deutschen in Westdeutschland gehören einer christlichen Religionsgemeinschaft an. Etwa 30 Prozent der Deutschen in Westdeutschland bekannten sich 1949 zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Allein diese Zahlen sollten die Unmöglichkeit beweisen, daß die Sozialdemokratie eine Vereinigung antichristlicher Elemente ist. Wenn es eine Bedrohung des Christentums in Deutschland gibt, dann ist es nur der Mißbrauch dieses Namens zu politischen Geschäften. Die politische Gegnerschaft der Sozialdemokraten zum Bundeskanzler hat nicht ihre Ursache darin, daß er ein Christ ist, sondern daß er nach sozialdemokratischer Auffassung in der Praxis seiner Politik als ein schlechter Christ gelten muß; er hat sich nicht hilfreich zu dem armen Lazarus geneigt, sondern sich auf die Seite des reichen Mannes geschlagen.

Das ist der Vorwurf: Wer sich auf die christliche Wurzel seiner politischen Konzeption beruft, muß auch in der Praxis eine konsequente Politik für den Ärmsten seiner Brüder treiben. Wirken und Wollen der Sozialdemokratie kommen deshalb der Wurzel christlicher Ethik näher, als die Politik des Bundeskanzlers, die immer mehr in den Bereich der biblischen Geschichte zu geraten scheint, in der der Herr Christus die Wechsler und Händler aus dem Tempel jagte. Daß der Bundeskanzler sich in seiner Wahlagitatioz zudem in unverstehbarer Weise am achten Gebot verging, davon zeugen inzwischen mehrere einstweilige Verfügungen der weltlichen Gerichte.

Dem politischen Katholizismus sollte deutlich werden, daß ein

bestimmtes Votum in diesem Wahlkampf ein Schuß werden kann, der den Schützen trifft. Er sollte in die Grenzen des Taktos und der politischen Zurückhaltung zurücktreten. Es ist grotesk, zu erleben, daß dem im politischen Leben stehenden Deutschen Gewerkschaftsbund das Recht bestritten wird, für die in manchen Bereiche gefährdeten Interessen seiner Mitglieder einzutreten, während sich die katholische Kirche das Recht zu nehmen scheint, die bei dieser Wahl in keiner Weise gefährdeten oder auch nur berührten Interessen ihrer Glieder auf ein Kreuz zu lenken, das nicht auf dem Hügel von Golgatha, sondern auf einer bestimmten Stelle des Stimmzettels steht.

Es ist in diesem Falle bewußt vom politischen Katholizismus die Rede gewesen. Das bedeutet keine Stellungnahme gegen eine bestimmte Konfession. Das hat auch nicht seinen Grund darin, daß der Verfasser dieser Zeilen evangelischer Geistlicher ist. Aber es muß um der Wahrheit willen festgestellt werden, daß die evangelische Kirche als solche - wenn man von den sehr verschiedenen Stellungnahmen einzelner kirchlicher Amtsträger absieht - durchgehalten hat. Das beste Zeugnis dafür ist der Deutsche Evangelische Kirchentag. Dort wurde dem Wähler deutlich, daß - um ein Wort des verehrten Mannes zu gebrauchen, der die Ernennungsurkunde des Bundeskanzlers, gern oder ungern, unterschreiben mußte - daß nämlich Jesus Christus nicht auf die Welt gekommen ist, um das Aushängeschild einer Partei zu werden.

+ + +

Ein guter Schritt vorwärts

(sp) Die Note der Westmächte kann ein guter Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer Vereinbarung über die deutsche Wiedervereinigung sein. Ihre wesentlichen Vorzüge liegen in ihrer sachlichen Kürze und ruhigen Tonart; in dem Vorschlag von direkten Verhandlungen unter Wahrung eines festen Termins; in dem Verzicht auf unfruchtbare Gegenpolemik und auf eine bestimmte, als Bedingung gestellte Tagesordnung; schließlich in dem Hinweis, die Außenministerkonferenz müßte sich "vor allem auf die Frage freier Wahlen u. a. d. den Status der künftigen deutschen Regierung konzentrieren".

Das oben ist es, was die Sozialdemokratische Partei seit langem für erforderlich gehalten hat, nicht mehr. Adenauer hatte dazu in Hamburg gesagt: "Wir müssen alle Kraft aufbieten, um diesen Einschlag gegen die Freiheit des deutschen Volkes zu machen". Jetzt kommt der gleiche "Einschlag" von seiten der Westmächte, die, wie sie mitteilen, die Bundesregierung vorher konsultiert haben ... Aus dieser für ihn recht peinlichen Situation suchte sich der Kanzler in seinem ersten Kommentar durch einen bewegten Appell an denselben Herrn Malenkow zu entziehen, dem er solange jede echte Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft rundweg abgesprochen hat.

Die Sozialdemokratie hat nie etwas anderes angeraten, als daß zwischen den Besatzungsmächten die Frage der künftigen Stellung eines geeinten Deutschlands im internationalen Kräftefeld verhandelt werden sollte, aber selbstverständlich keineswegs beschlossen werden dürfte; daß freie Wahlen unter allen Umständen am Beginn aller Maßnahmen zur deutschen Wiedervereinigung stehen müßten; daß eine gesamtdeutsche Regierung erst aus ihnen resultieren könnte und daß die Zustimmung dieser freigewählten deutschen Regierung für einen künftigen endgültigen Friedensvertrag unerlässlich sein müsse.

Auf dieser Linie bewegt sich im Grunde auch die Note der Westmächte. Zwei Dinge bleiben fragwürdig: Die Beschränkung auf das deutsche und das Österreichische Thema - die aber auch nur als Wunsch und nicht als Bedingung ausgeführt wird - und die Tatsache, daß es zunächst einmal nur zu einer Außenministerkonferenz, nicht zum Gespräch der Regierungschefs kommen soll. Bei diesem Verfahren besteht nun einmal die große Gefahr - die die vorliegende Note, wie gesagt, glücklich verniedert hat - daß das propagandistische Bedürfnis des politischen Anliegen überwuchert. Das war ja auch der Grund für Churchill, das Gespräch auf der höchsten Ebene vorzuschlagen. Diese Unzulänglichkeiten brauchen aber den positiven Eindruck der letzten Note der Westregierungen nicht ernsthaft zu beeinträchtigen.

+ + +

Verlustliste der politischen Fairness

-s. Noch niemals in der Geschichte der Demokratie sind Führer einer Regierungskoalition so leichtfertig mit der Ehre ihrer oppositionellen Mitbürger umgesprungen wie maßgebliche Männer der Bonner Koalition mit den deutschen Sozialdemokraten in dem nun zu Ende gehenden Wahlkampf.

Daß die Deutsche Partei dabei den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, mit Entgleisungen erheblichen Gewichts neben der CDU an der Spitze zu liegen, nimmt nach Erfahrungen aus vergangenen Wahlkämpfen kein Wunder. Herr Hellwege ist zwar von den rassistischen und unwahren Behauptungen seines Kreiswahlkampfleiters in Gundersheim abgerückt, der den Oppositionsführer in Flugblättern und Reden als "Juden" und "englischen Fliegeroffizier, der deutsche Frauen und Kinder vernichtete", beschimpfte und dafür inzwischen sechs Monate Gefängnis erhielt. Es wäre aber besser gewesen, der DP-Vorsitzende hätte rechtzeitig den Kräften in seiner Partei entgegengewirkt, die in ihrer Wut gegen die Sozialdemokratie keine Grenzen mehr kennen. Wir meinen insbesondere seinen Stellvertreter Seebohm, der die Sozialdemokraten als "Handlanger Moskaus" bezeichnete, und den Redakteur des DP-Pressedienstes Kurm, der sich nicht scheute, den verstorbenen SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher "einen der sozialistischen Ökologen" zu nennen, die die "Völker leichtfertig von einem Unglück ins andere stürzten".

Bei der CDU gab der Parteivorsitzende Dr. Konrad Adenauer persönlich mehrfach ein Beispiel dafür, wie man ehrenrührige Behauptungen über seine politischen Gegner in die Welt setzen und dann mit Winkelzügen des Prozeßrechtes den "Beweis" für diese Behauptungen bis nach den Wahlen verschoben kann. Der SPD-Bundestagskandidat Heinrich Schroth in Solingen und der DGB-Ortsvorsitzende Robert Scherley in Gelsenkirchen warten noch heute darauf, daß Dr. Adenauer gegen die einstweilige Verfügung, die das Landgericht Bonn am 24.8. gegen ihn erließ, Widerspruch einlegt und in der mündlichen Verhandlung die "dokumentarische Beweise" dem Gericht und der Öffentlichkeit vorlegt, die er für seine Behauptung, Schroth und Scherley hätten 10000,-M Wahlgelder aus der Ostzone durch Kurier empfangen, in der

Hand zu haben behauptet. Dr. Adenauer hat nicht nur den von ihm angekündigten Widerspruch nicht eingelegt, sondern sogar noch seine Behauptungen wiederholt, indem er die beiden SPD-Funktionäre mit der Pressensache verunglimpfte, er habe gegen sie Strafanzeige wegen Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen erstattet.

Wie es mit den "Dokumenten" der CDU bestellt ist, zeigen die von CDU-Pressedienst am 25. August veröffentlichten Fotokopien angeblicher Aktienvermerke aus dem Hause des SPD-Vorstandes, die nachweisen sollten, daß die sozialdemokratische Wahlpropaganda von der Arbeiter-Wohlfahrt, von den Gewerkschaften und sogar aus Mitteln des Bundesjugendplanes finanziert worden sei. Die "Dokumente", zu denen noch ein von dem CDU-Vorstandesmitglied Waermeling veröffentlichtes hinzu kam, das die Versorgung sozialdemokratischer Funktionäre mit Staatsposten nachweisen sollte, sind in ihrem Inhalt frei erfunden und von Anfang bis Ende gefälscht. Der SPD-Vorstand hat Strafanzeige wegen Urkundenfälschung erstattet und Klage eingereicht. Am 4. September findet in dem parallel laufenden einstweiligen Verfügungs-Verfahren eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Bonn statt, bei der die Fälschungen und die Unwahrheit des Inhalts vor Gericht offenkundig werden wird.

Angesichts dieses Verhaltens führender Männer der Regierungsparteien kann man sich nicht darüber wundern, daß die Kleinen dem "Vorbild" der "Großen" nachzueifern. Die Kontoauszüge des SPD-Kontos bei der Rhein-Ruhr-Bank in Bonn und von sechs weiteren Konten verschiedener Organisationen, die der SPD nahestehen, gelangten an die Öffentlichkeit, und der FDP-Bundestagskandidat in Aachen, Graf Lambsdorf, brüstete sich in öffentlicher Versammlung, es sei ihm möglich gewesen, die Kontoauszüge direkt von der Bank zu erhalten. Er und sein Parteifreund Rechtsanwalt Suchsland in Wesel, und darüber hinaus eine Reihe kanzlertreuer "überparteilicher" Zeitungen, behaupteten, es habe sich bei diesem Konto um ein Privatkonto von Erich Ollenauer gehandelt. Man stellte die zufälligen Salden vom 1.1.1952 und vom 31.3.1953 gegenüber und versuchte daraus die Feststellung herzuleiten, Erich Ollenauer habe von den "Segnungen der sozialen Marktwirtschaft" persönlich erheblich profitiert. Das "Westfalenblatt" in Bielefeld machte sogar die Steuerbehörden auf das angebliche Privatkonto Erich Ollenauers aufmerksam. Der SPD-Vorstand hat mit einer Erklärung der

Rhein-Ruhr-Bank, daß es sich um ein Konto handelte, das dem Geschäftsverkehr der Parteiorganisation diene, dieses unlautere Propagandagewebe der Regierungsparteien zerrissen.

Diese Verlustliste der politischen Fairness ließe sich noch erheblich verlängern. Die Gerichte werden ihr Urteil in den meisten Fällen erst nach dem 6. September fällen können. Am kommenden Sonntag aber ergoht das Urteil der Wähler. Um dieses Urteil hat die SPD ebenso wenig Sorge wie um das Urteil der Gerichte.

+ + +

Die schwarze SA

L.S.-Neustadt a.d. Weinstraße

In die Pfalz muß man fahren, um den Wahlkampf so recht auf vollen Touren mitzuerleben. Dort wird nicht das beste Argument für die Regierungskoalition eingesetzt, sondern weit schärfer der Wahlkampf geführt. Alle Bretterzäune und Anschlagssäulen sind von CDU-Plakaten bepflanzt. Obwohl in den einzelnen Städten die Stadtverwaltungen große Tafeln aufgestellt haben mit einer Einteilung für die Parteien, kümmert sich die CDU überhaupt nicht darum. Sie beklebt die Tafeln von oben bis unten allein und dazu noch alle Bretterzäune und was sonst noch erreichbar ist. Die Anschlagssäulen hat sie ohnehin völlig gepachtet, was in der Bevölkerung allerdings gegen sie ausschlägt, denn dadurch wird nun das Argument der Opposition, daß sie von der Industrie sehr viel Geld bekommen habe, auch wirklich geglaubt. Denn wer hat sonst soviel Geld, um all die Säulenreklame zu bezahlen?

Die großen Zeitungen bemühen sich, ihre "Überparteilichkeit" auf eine sehr billige Weise zu erhalten. Sie bringen lange Stimmungsberichte, in denen über Versammlungen der Opposition und der CDU berichtet wird. Merkwürdigerweise spricht der SPD-Redner immer schlecht und immer falsch und er hat immer Zwischenrufe, aber der CDU-Referent ist immer ein Mann, der etwas zu sagen hat, der immer weiter die größte Aufmerksamkeit erringt und dem man anmerkt, daß er erfolgreiche Arbeit vorzulegen hat. Dieser "originellen" Methode, ihre Überparteilichkeit zu beweisen, ist selbst die "Frankfurter Allgemeine" gefolgt.

Stoßtruppler in Aktion

Aber noch schlimmer ist der Verlauf der Versammlungen. Am Dienstagabend wollte die Sozialdemokratische Partei in Herxheim eine Versammlung durchführen. Sie hat einen Bundestagskandidaten aus diesem Dorf aufgestellt, einen Bauern. Als sie zum Versammlungslokal kam, war dieses überfüllt mit 200 sechzehnjährigen Stoßtrupplern der Katholischen Aktion. Unter Führung des CDU Bürgermeisters randalierten diese Halbwüchsigen schon vor Beginn der Versammlung und reagierten überhaupt nicht darauf, daß der Versammlungsleiter, ein Kriegsblinder,

sie mehrfach hat, die Sitzplätze den Erwachsenen, die draußen standen, einzuräumen. Sie reagierten nicht darauf, sondern sahen sich nur um nach ihren Bürgermeister, der verneinend den Kopf schüttelte - und die Sechzehnjährigen blieben sitzen. Der Vorsitzende der SPD Rheinland-Pfalz, Fritz Boegler, ein verdienter Mann, der jahrelang im Konzentrationslager gesessen hat und dessen Arbeit es nach 1945 im wesentlichen zu danken ist, daß die französische Besatzungsmacht die deutsche Verwaltung so schnell wie möglich in Gang setzen ließ, konnte nicht sprechen. Immer, wenn er zwei, drei Sätze ausgeführt hatte, nickte der CDU-Bürgermeister und schon kamen stürmische Zwischenrufe der jungen Burschen. Die Versammlung mußte vorzeitig abgebrochen werden.

Wie schäbig der Wahlkampf geführt wird, geht auch daraus hervor, daß die Getreideaufkäufer plötzlich ihre Arbeit eingestellt haben und den Bauern erklären, sie würden erst wieder nach dem 6. September kaufen, da die SPD ja die Preise herabsetzen wolle, und sie würden dann natürlich zu den niedrigeren Preisen kaufen.

Richtig ist, daß es einen vom Bundestag gesetzlich garantierten Mindestpreis gibt, der von der Marktlage nicht beeinflußt wird. Dieser gesetzlich festgelegte Mindestpreis ist auf Antrag der SPD im Bundestag beschlossen worden. Durch die Haltung der SPD haben die Bauern also einen geschützten Preis erhalten.

Bojkottdrohung gegen Gastwirte

In vielen Orten haben die Wirte nicht den Mut, der SPD einen Saal zur Verfügung zu stellen, weil ihnen, wie sie selber erklären, der Boykott des Lokals angedroht worden ist, wenn sie gewerkschaftliche oder sozialdemokratische Versammlungen durchführen lassen. In Fundenthal hatte die Sozialdemokratische Partei einen Saal für eine Kundgebung fest gemietet. Auf Veranlassung des CDU-Bürgermeisters wurde diese Zusage zurückgezogen. In Trochen hatten die katholischen Werkscharen eine Gewerkschaftsversammlung so gestört, daß auch diese nicht zu Ende geführt werden konnte.

Vor einigen Tagen war veröffentlicht worden, welche Grenzlokale bereits jetzt Wahlscheine annehmen. Für den Grenzübergang nach Frankreich gibt es ein Wahllokal in Winden. Im Nachbarkreis wohnen viele Hopfenpflücker, die dieser Tage zur Hopfenernte nach Frankreich gehen. Der CDU-Abgeordnete, dessen Mandat ohnehin gefährdet ist, ging zum Bürgermeister des Ortes Dahn und dieser richtete entgegen allen Bestimmungen auch in Dahn eine Zweigstelle des Wahllokals in Winden ein. Die Hopfenpflücker werden zur Abgabe ihrer Wahlscheine in dieses Lokal beordert.

Das Auftreten der katholischen Werkscharen hatte den SPD-Vorsitzenden von Rheinland-Pfalz veranlaßt, in den dortigen, der Opposition nahestehenden Zeitungen einen Artikel zu veröffentlichen mit der Überschrift "Die schwarze SS".

+ + +

Verantwortlich: Peter Reunan